

**Michael Brie**

# **Linke Regierungen im Kampf gegen den Neoliberalismus**

Beitrag für das Seminar **WHAT POLITICS OF THE WORLDWIDE PROGRESSIVE GOVERNMENTS CAN DO TO BREAK WITH NEOLIBERALISM POLITICS AND ITS GLOBALIZATION**

Wenn man nicht jede Beteiligung linker Parteien an der Ausübung von Regierungsmacht prinzipiell ablehnt, weil sie zur Stabilisierung des Kapitalismus, zur Integration linker Kräfte in die herrschenden Eliten, zur Schwächung solidarisch-emanzipativer Kräfte insgesamt beiträgt, dann muss vor allem gefragt werden, unter welchen Bedingungen diese Beteiligung erfolgt. Die heutige Grundbedingung ist die globale Hegemonie des Neoliberalismus und die enorme ökonomische, kulturelle, politische und militärische Übermacht der Kräfte des Neoliberalismus, des Imperialismus und Militarismus. Die harte politische Frage ist, ob unter diesen Bedingungen und aus diesen Bedingungen heraus originär linke Politik in Regierungsverantwortung überhaupt möglich ist und, wenn ja, welchen Charakter sie tragen müsste.

Kann der Neoliberalismus aus Regierungspositionen bekämpft werden und welches sind, wenn überhaupt die dafür notwendigen Bedingungen? Die europäischen Erfahrungen der neunziger Jahre lassen daran zweifeln. Die Beispiele von Italien und Frankreich sind ernüchternd bis katastrophal. In Schweden sind die Resultate gemischt; von einem Bruch mit dem Neoliberalismus kann aber nicht gesprochen werden. Die deutsche Regierung von SPD und Grünen kann nicht links genannt werden; sie hat die neoliberale Agenda mit immer größerer Gewalt erst durchgesetzt. Die zu Sozialdemokraten konvertierten Mitglieder der kommunistischen Staatspartei haben in Polen Neoliberalismus mit Pfründesicherung von Teilen der früheren Nomenklatura verbunden. Insgesamt vertritt die europäische Sozialdemokratie eine gemäßigte Version des Neoliberalismus, der diesem gesellschaftliche Akzeptanz zu verschaffen sucht. Linkssozialistischen und Kommunisten sind in der Opposition oder müssen sich einer Politik des „kleineren Übels“ beugen. Gegenteiligkeiten sind dieser generellen Richtung untergeordnet.

Vor dem Hintergrund der kontinentaleuropäischen und insbesondere der deutschen Erfahrungen möchte ich drei Thesen vertreten:

- (1) Linke Parteien kommen oft an die Regierung, weil die neoliberale Politik (Vermarktlichung der Gesellschaft und Stärkung der Dominanz der Kapitalverwertung; elitärer Autoritarismus und wachsende Repression) in eine Legitimations-, Funktions- und/oder Durchsetzungskrise gekommen ist.
- (2) Linke Regierungspolitik hat es in vielfacher Hinsicht mit Tatsachen und Rahmenbedingungen zu tun, die der Neoliberalismus auf Dauer gestellt hat. Schnelle Veränderungen insbesondere in den Kernbereichen von Wirtschafts- und Sozialpolitik sind deshalb unmöglich. Linke Regierungspolitik, will sie den Rahmen des Neoliberalismus verlassen, muss innerhalb dieser Rahmenbedingungen die regionalen, nationalen und internationalen Voraussetzungen einer solidarischen demokratischen Politik erst schaffen.
- (3) Die zu schaffenden Voraussetzungen für einen Bruch mit dem Neoliberalismus sind erstens ein Mitte-Unten-Bündnis, eine antineoliberale Allianz und zweitens

Einstiegsprojekte in die Transformation vom Neoliberalismus zu einer solidarisch-emanzipativen Transformation.

## **1. Linke Parteien kommen oft an die Regierung, weil die neoliberale Politik (Vermarktlichung der Gesellschaft und Stärkung der Dominanz der Kapitalverwertung; elitärer Autoritarismus und wachsende Repression) in eine Legitimations-, Funktions- und/oder Durchsetzungskrise gekommen ist.**

Die Beteiligung der Parteien der Linken an Regierungen ist zumeist das Resultat, dass das neoliberale Projekt in seiner konservativen oder sogar konservativ-nationalistischen Form in eine Effizienz- und Legitimitätskrise und eine Krise seiner sozialen Basis geraten ist. Es hat dann wesentliche angestrebte Ergebnisse (besonders des Wirtschaftswachstums) nicht erreicht, erweist sich als ungerecht und undemokratisch sowie oft auch als militaristisch. Außerdem suchen Gruppen, die dieses Projekt vorher unterstützen, nach Alternativen.

Damit ergeben sich zwei Möglichkeiten: Zum einen kann das gleiche neoliberale Projekt mit anderen Mitteln fortgesetzt werden. Dies kann bedeuten, es von seiner Bindung an besonders parasitäre Gruppen zu lösen (siehe Auseinandersetzung mit Berlusconi oder in USA mit MIK und Erdöl-Komplex), durch eine Mischung von Erpressung und Einbindung Blockierung des neoliberalen Projekts durch gesellschaftliche Kerngruppen zu überwinden (siehe Einbindung von Gewerkschaften in Agenda 2010 in Deutschland), Formen der repressiven Unter- und Einordnung marginalisierter Gruppen der Gesellschaft (Hartz IV als Mischung von Absenkung bzw. Streichung sozialer Anrechte und Übergang zu Zwangsarbeit im Niedriglohnsektor). Dies ist die Strategie der gemäßigten Linken (der Sozialdemokratie) in den meisten Staaten der EU.

Die andere Strategie wäre die der Nutzung der Krise des neoliberalen Projekts (in beiden Formen), um den durch den Neoliberalismus eingeschlagenen Entwicklungspfad in Richtung eines Entwicklungspfads solidarisch-emanzipativer Transformation zu verlassen. Die Krise des Neoliberalismus in seiner konkreten Form eines Regierungsprojekts schafft dafür aber keinesfalls die unmittelbaren Voraussetzungen. Sie müssen erst entstehen bzw. geschaffen werden.

## **2. Linke Regierungspolitik hat es in vielfacher Hinsicht mit Tatsachen und Rahmenbedingungen zu tun, die der Neoliberalismus auf Dauer gestellt hat. Schnelle Veränderungen insbesondere in den Kernbereichen von Wirtschafts- und Sozialpolitik sind deshalb unmöglich. Linke Regierungspolitik, will sie den Rahmen des Neoliberalismus verlassen, muss innerhalb dieser Rahmenbedingungen die regionalen, nationalen und internationalen Voraussetzungen einer solidarischen demokratischen Politik erst schaffen.**

Diese These geht von der Annahme aus, dass ein direkter Bruch mit dem Neoliberalismus unmöglich ist, da er enorme Ressourcen verlangen würde (siehe Venezuela). In der Mehrheit der Fälle muss linke Regierungspolitik deshalb zunächst die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität sichern bzw. wieder herstellen. Ein Teil der linken Regierungen wählt deshalb zunächst vor allem die folgende Strategie: Politiken der Einbindung von zumindest

einem Teil der herrschenden Gruppen, der Haushaltssanierung, Inflationsbekämpfung (Hochzinspolitik und hohe Bewertung der eigenen Währung), Exportorientierung, Gewinnung von ausländischem Kapital können damit verbunden sein. Eine Regierungspolitik, die sich darauf einlässt, versucht, das Vertrauen wichtiger Kreise des Kapitals zu gewinnen (auch auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung). Eine solche Politik scheint in Südafrika, aber auch in Brasilien dominiert zu haben bzw. zu dominieren.

Die Frage steht, ob es dazu eine grundsätzliche Alternative gibt, die nicht zu Destabilisierung, Einbruch des Bruttosozialprodukts, Möglichkeiten der offenen US-Intervention führt. Argentinien, Uruguay? Es ist erst noch zu beweisen, dass ein Einstieg in den Ausstieg aus dem Neoliberalismus völlig der neoliberalen Mittel entsagen kann. Die bisherigen Erfahrungen scheinen nahe zu legen, dass dieser Einstieg eine Art Tripple-Strategie zu verlangen scheint:

Erstens wäre dies der Bruch mit besonders parasitären Formen des bisherigen Regimes (Apartheid, Berlusconi's parasitärer Finanzkapitalismus usw.), eine dosierte Abschüttelung neoliberaler Fesseln (siehe Argentinien: starke Abwertung der Auslandsschulden, aber auch evtl. von Binnenverschuldung), soweit dies zu keiner destabilisierenden Konfrontation führt. Zweitens wäre dies die Erschließung endogener Ressourcen wirtschaftlicher Entwicklung mit hohem Wachstumspotential (siehe Agrarexporte Brasiliens; Vernetzung der regionalen Wirtschaft und Verknüpfung mit Wissenschaft, Kultur, Gesundheitssystem usw. in Berlin), die relativ kurzfristig Arbeitslosigkeit senkt, Einkommen zumindest bei Teil der Mittelschichten und der Arbeiter im formellen Sektor erhöht, die staatlichen Einnahmen steigert usw.

Drittens gehört zu einer solchen Strategie das Ergreifen von Maßnahmen, um den vom Neoliberalismus am stärksten negativ betroffenen Gruppen zu helfen: Unterstützung von solidarischer Ökonomie (Landreform, Kooperativen, Selfmanagement usw.), Sanierung bzw. Stärkung der Systeme öffentlicher Daseinsvorsorge, Elemente von Grundsicherung.

Die Grenzziehung dieser Strategie zu der eines gemäßigten Neoliberalismus der Mainstreamsozialdemokratie ist fließend. Sie birgt zugleich die Gefahr, in deren Rahmen zu bleiben und so langfristig den Neoliberalismus zu stärken. Die vielleicht wichtigste Bedingung, um dieser Gefahr zu entkommen, ist eine Politik, die soziale Bewegungen, Organisationen usw. nicht schwächt und einkauft, sondern deren Stärkung selbst betreibt. Ein partizipativer Politikstil ist dafür der entscheidende Garant.

### **3. Die zu schaffenden Voraussetzungen für einen Bruch mit dem Neoliberalismus sind erstens ein Mitte-Unten-Bündnis, eine antineoliberale Allianz und zweitens Einstiegsprojekte in die Transformation vom Neoliberalismus zu einer solidarisch-emanzipativen Transformation.**

Der Neoliberalismus basiert sozial auf der Vorherrschaft des Finanzkapitals (Großkonzerne, die sich von der Produktion Investitionen auf den Kapitalmärkten zugewandt haben, sowie shareholder überhaupt) im Bündnis mit den politischen und kulturellen sowie militärischen Eliten. Seine soziale Basis sind jene Teile der Mittelschichten, die im enger werdenden Verdrängungswettbewerb zu gewinnen hoffen bzw. jene, die durch die Alternativlosigkeit zur Loyalität gezwungen werden und dafür Gratifikationen erhalten. Es ist ein Oben-Mitte-Projekt, dass die Schaffung funktionaler bzw. still gestellter Unterschichten einschließt. Der Neoliberalismus stellt eine „passive Revolution“ dar, in der die herrschende Klasse „führend

gegenüber den verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen“ ist (Gramsci)<sup>1</sup>

Das Projekt einer solidarisch-emanzipativen Transformation kann dagegen nur als Mitte-Unten-Projekt realisiert werden. Es verlangt ein Interessenbündnis, einen Gesellschaftsvertrag zwischen jenen Gruppen, die den produktiven Kernträgerschicht bildet (der „allgemeine Produktionsarbeiter“) und jenen, die durch den Neoliberalismus marginalisiert werden. Bei einem solchen Bündnis können die neuen (und alten) Mittelschichten ein höheres Maß an sozialer Sicherheit, an einem stabilen gesellschaftlichen Umfeld und sozialer Integration, an qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, an Menschenwürde, an innerer Nachfrage für Produkte und Dienstleistungen gewinnen. Die Unterschichten dagegen würden eine menschenwürdige Grundsicherung, den Zugang zu den „Freiheitsgütern“ einer Gesellschaft, die Chancen für eine weitgehend gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten. Noch aber sind die Mittelschichten in der Illusion befangen, dass die Chancen des neoliberalen Projekts höher als die Gefahren seien oder aber sie keine Alternativen und ordnen sich unter. Siehe Opel, IMB Deutschland usw. Aber: Montagsdemos.

Ein solches Mitte-Unten-Projekt braucht zweitens eine breite politische und kulturelle Allianz von sozialen Bewegungen, linken Parteien und Organisationen sowie auch Kräfte im Staatsapparat, der Wirtschaft, Kultur, den Medien usw., die der des Neoliberalismus überlegen ist. Mit Gramsci gesprochen: ein historischer Block: „Bildung aggregierter Handlungsfähigkeit mit gesamtgesellschaftlicher Reichweite“<sup>2</sup>. Noch aber: Gewerkschaften in Defensivkampf befangen (erste andere Ansätze), Sozialdemokratie sieht ihre Chancen im gemäßigten Neoliberalismus, soziale Bewegungen weitgehend Mittelklassebewegungen, Marginalisierte politisch und kulturell isoliert.

Eine dritte Bedingung einer solidarisch-emanzipativen Transformation sind Einstiegsprojekte, die dem genannten Mitte-Unten-Bündnis einen konkreten Inhalt geben und zum gemeinsamen organisierenden Bezugspunkt eines neuen historischen Blocks werden können, einem Block, in der die ganze Vielfalt emanzipatorischer Kräfte Platz haben kann.

---

<sup>1</sup> HKWM, Bd. 6.1, S. 14.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 23.